



Aktueller Begriff

20 Jahre „Volkskammerwahl vom 18. März 1990“

Die Wahl zur 10. Volkskammer am 18. März 1990 war die erste freie Parlamentswahl in der Geschichte der DDR. Ihr Zustandekommen war ein wichtiger Erfolg der Oppositionsbewegung in der friedlichen Revolution. Zu Zeiten der SED-Herrschaft war die Volkskammer ein Scheinparlament. Neben Abgeordneten der DDR-Staatspartei „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) und mehrerer von ihr dominierter Massenorganisationen hatten ihr Vertreter der vier sogenannten Blockparteien „Christlich-Demokratische Union“ (CDU), „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD), „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ (LDPD) sowie „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NDPD) angehört. Mit dem politischen Umbruch veränderte sich auch das Parteiensystem in der DDR. Zahlreiche neue Gruppierungen und Parteien – deren Wurzeln häufig in der Oppositionsbewegung der Vorwendezeit lagen – gründeten sich. Die bisherigen Blockparteien lösten sich aus ihrer Abhängigkeit von der SED. Sie erneuerten in unterschiedlicher Intensität ihr Führungspersonal und ihre Programmatik. Die LDPD benannte sich in „Liberal-Demokratische Partei“ (LDP) um. Auch die SED musste sich verändern. Seit Anfang 1990 führte sie den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS).

Die 400 Abgeordneten der Volkskammer wurden nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt. Das Wahlgebiet wurde in 15 Wahlkreise eingeteilt. Jeder Wähler verfügte über eine Stimme, die er für eine Liste abgeben konnte. Zur Wahl zugelassen waren sowohl Parteien als auch politische Vereinigungen. Die Kandidatur von Parteien oder politischer Vereinigungen auf einer gemeinsamen Liste war zulässig. Eine Sperrklausel gab es nicht.

Für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 waren insgesamt 24 Listen (19 Parteien und fünf Listenverbindungen) registriert. Vertreter von 12 Listen zogen schließlich in das Parlament ein: Von den „alten“ Parteien traten die PDS sowie die DBD und die NDPD als Einzelliste an. CDU und LDP gingen jeweils mit neuen Parteien ein Wahlbündnis ein. So wurde im Beisein von Bundeskanzler Kohl am 4. Februar 1990 die „**Allianz für Deutschland**“ ins Leben gerufen. Ihr gehörten neben der CDU die Parteien „Demokratischer Aufbruch“ (DA) und „Deutsche Soziale Union“ (DSU) an. Alle Partner traten mit getrennten Listen an. Der DA ging aus der Bürgerbewegung hervor. Die DSU war ein Zusammenschluss von mehreren christlich-sozialen Gruppierungen. Im liberalen Parteienspektrum schlossen sich am 12. Februar 1990 mit Unterstützung der westdeutschen FDP die LDP mit den neu gegründeten liberalen Parteien „Deutsche Forumpartei“ (DFP) und „Freie Demokratische Partei“ (F.D.P.) zur Listenverbindung „**Bund Freier Demokraten**“ zusammen. Zur Wahl trat auch die ehemalige DDR-Massenorganisation „Demokratischer Frauenbund Deutschlands“ (DFD) an.

Nr. 18/10 (15. März 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Aus den Reihen der Bürgerbewegung schlossen sich am 7. Februar 1990 die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM), das „Neue Forum“ (NF) sowie „Demokratie Jetzt“ (DJ) zu „**Bündnis 90**“ zusammen. „Grüne Partei“ (GP) und „Unabhängiger Frauenverband“ (UFV) traten in einer Liste „**Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband**“ an. Als gemeinsame Liste „**Aktionsbündnis Vereinigte Linke**“ (AVL) kandidierten die beiden sozialistischen Gruppierungen „Vereinigte Linke“ (VL) und „**Die Nelken**“. Die aus der Oppositionsbewegung stammende „Sozialdemokratische Partei der DDR“ (SDP; ab Januar 1990 **SPD**) kandidierte als Einzelliste. Die Parteien der „Allianz für Deutschland“ und des „Bundes Freier Demokraten“ sowie die SPD erhielten im Wahlkampf organisatorische, finanzielle und personelle Unterstützung von ihren westdeutschen Partnerparteien. Die PDS und die vormaligen Blockparteien konnten auf ihre bestehenden Parteiorganisationen zurückgreifen. Zentrales Thema des Wahlkampfes war die Frage nach dem Weg und der Geschwindigkeit zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Die Wahlbeteiligung betrug 93,4%. Klarer Wahlsieger wurden mit rund 48% die Parteien der „Allianz für Deutschland“. Sie hatten sich im Wahlkampf für eine zügige Währungsunion und eine schnellstmögliche Verwirklichung der Deutschen Einheit ausgesprochen. Zweitstärkste Kraft wurde die lange Zeit in Umfragen führende SPD mit 21,8%, gefolgt von der PDS mit 16,4% und dem „Bund Freier Demokraten“ mit 5,3%. Vertreter der Bürgerbewegung wie „Bündnis 90“ und „Grüne Partei + UFV“, die maßgeblich an der politischen Wende mitgewirkt hatten, erzielten 2,9% bzw. 2,0%. Am 12. April 1990 wurde der Spitzenkandidat der CDU **Lothar de Maizière** von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt. Er stand einer Koalitionsregierung aus den Parteien der „Allianz für Deutschland“, dem „Bund Freier Demokraten“ und der SPD vor.

Tabelle: Wahlergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März 1990

Partei (bzw. Liste)	Prozent	Mandate
Allianz für Deutschland:		
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)	40,8%	163
Deutsche Soziale Union (DSU)	6,3%	25
Demokratischer Aufbruch (DA)	0,9%	4
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	21,9%	88
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	16,4%	66
Bund Freier Demokraten	5,3%	21
Bündnis 90	2,9%	12
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	2,2%	9
Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband	2,0%	8
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD)	0,4%	2
Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	0,3%	1
Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL)	0,2%	1
Sonstige	0,3%	0

Quellen- und Literatur:

- Lindner, Bernd (1998). Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn.
- Wahlrecht.de (2010). DDR – Wahl der 10. Volkskammer 1990. www.wahlrecht.de [Stand: 15.02.2010].
- Weber, Hermann (2006). Die DDR 1945 – 1990, München.